

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 58.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Zweite Ausgabe

Freitag, 3. Februar 1911.

Verleger: C. B. H. v. d. Linden, Halle a. S.

Halle a. S., Druckerei: ...

Redaktion: ...

Erziehung zur Revolution.

Die Vorkämpfer der fortschrittlichen Volkspartei im allgemeinen und deren spezielle Ausprägung im Großstadtsozialdemokratischen Baden im besonderen — die Demokraten — lassen sich mit Freizeigen annehmen in Aufreizen und Agitation der Sozialdemokratie. Sie sind im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf gerade höchst eifrig tätig. Ein trotz des allerorten zu beobachtenden „Notlaufs“ der „Fortschrittlichen“ gerade nicht allseitig vorhanden, das sich im letzten Sommer in dem abgelehnten Schwärzwaldschick erregte, das aber erst dieser Tage glaubwürdig mitgeteilt wurde, verdient weiteren Streifen als Beweis dafür, wobei Herzog Schmidt der entlassenen „Fortschrittlichen“ gilt, nicht vorenthalten zu werden. Der badische Landtagsabgeordnete und großherzogliche Professor Hummel — ein Führer der badischen Volksparteier, eifriger Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ — sprach in Schlußwort zu seinen Wählern. Den Bekehrten der Reformen (wir folgen hier einem einwandfreien Bericht des „Badischen Beobachters“) fiel auf, daß an den Wänden des Versammlungssaales drei große, ineinanderumwickelte Bilder hingen, die man vorher und nachher dort nie zu sehen bekommen hat. Diese Bilder stellen drei Führer der badischen Revolution von 1848/49 dar: darunter Feder und Striind, der. Am Voranfe seiner Ausführungen wies Hummel in hochdeutlichen Worten auf diese Männer hin, die als „Helden“, als nachahmenswerte Vorbilder der Freiheit preisend. Hummel fand bei den gehörigsten Zuhörern lauten Beifall, erwiderte ihnen dagegen schüttelnd die Köpfe. Striind und Feder seien ja in der Revolution fort als die Hauptfiguren der Revolution von 1848/49, auf welche Zeit Hummel ausdrücklich abgab. Striind und Feder waren es, die durch einen Aufruf des badische Volk zur Revolution aufriefen. Feder leitete als „Mann der Tat“ und „Vorantreiber der Freiheit“ das Freiheitskämpfer bei Sondern am 20. April 1848, machte sich aber, als die Sache für ihn bröckelig wurde, noch rechtzeitig über die Berge und gab in der freien Schweiz revolutionäre Schriften und Zeitungen („Volkswort“) für die badischen Revolutionäre heraus. Nach Striind war ein „Mann der Tat“, er war Führer in der Freiheitskämpfer bei Freiburg und Glinsterland und wurde schließlich wegen Hochverrats verurteilt. 1849 bestreiten ihn die Freiheitskämpfer aus dem Reichsführer Gefängnis und Striind wurde nach der Vertreibung des Großherzogs Mitglied des revolutionären Landesparlamentes. Das sind die Männer der Freiheit, die „Helden“, welche dem badischen Volk als Vorbilder galten. Man wird sich mit diesen Fragen: wie kam es doch zu einem menschenwürdigen Staates geduldet werden? Nun, im Großstadtsozialdemokratischen Baden ist eben sehr viel möglich, wovon man in anderen Bundesstaaten, in denen noch Recht und Ordnung und feste Führung vorhanden sind, keine Veranschaulichung hat. Wenn der badische Minister des Innern von Hummel öffentlich im Landtage die Sozialdemokratie als eine großartige Bewegung zur Befreiung des vierten Standes“ bezeichnen kam und dieses vorläufige Wort in seinerlei Weise abstrahiert, dann wird man sich über das, was am bürren Folge der fortschrittlichen Volkspartei vollzieht, nicht allzu sehr zu wundern brauchen. Der großherzoglich badische Professor Hummel hat dann nur einen Kommentar zu den Ministernworten geliefert, er hat gesagt, wie die „Befreiung“ gemacht werden muß.

Deutsches Reich.

Der Kronprinz in Ludlow. Der deutsche Kronprinz wohnte am Donnerstag vormittag einer Gedenkfeier für die verstorbenen Offiziere und Mannschaften der Royal Dragoon bei und legte einen Kranz nieder. Am Nachmittag erfolgte die Abreise nach Kalmar. Die Lehren der Moabiter Aufreizeprozesse. Die Beschlüsse der Ausführungen über die Lehren der Moabiter Aufreizeprozesse macht der „Arbeitgeber“, doch Organ der gewerkschaftlichen Arbeiterverbände. Die Reichspräsident hat sich Grund der von dem Reichskanzler im Reichstages am 13. Dezember 1910 und von dem Minister des Innern am 17. Januar dieses Jahres gemachten Erklärungen mit der Frage, welche Lehren die Regierung aus diesen Prozessen gezogen hat und welche Maßnahmen sie für gelangt hat, um einer Wiederholung einer dergleichen Schädigung des Ansehens der Staatsgewalt vorzubeugen. Der Reichskanzler hatte bekanntlich in seiner Rede darauf hingewiesen, daß in der vor einem Jahr dem Reichstag vorgelegten Strafprozessordnungen die verbindlichen Bestimmungen vorgezeichnet hätten, durch welche die Anwendung der Beweiserhebung im Strafprozeß dem Ermessen des Gerichts zugewiesen werden sollte. Der „Arbeitgeber“ weist nun darauf hin, daß die Reichstagskommission gerade den § 232 des Entwurfs, der eine Abschaffung der Strafprozessordnung in diesem Sinne bringen sollte, wieder umgehoben hat. Dieser Paragraph hatte vorgeschrieben, daß von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Beweisaufnahme nur auf die Tatsachen zu erstrecken sei, die nach dem Ermessen des Gerichts für die Entscheidung von Bedeutung seien. Nach dem Beschluß der Kommission soll invece das Gericht wieder verpflichtet sein, sämtliche Beweismittel zu benutzen, die zur Entscheidung von Bedeutung sind. Angesichts des Mißbrauchs, der in den Moabiter Prozessen mit den Bestimmungen der Strafprozessordnung zum Schaden des Ansehens der Autorität des Staats getrieben worden ist, wo durch eine weit abliegende Beweiserhebung die Prozesse durch eine 44tägige bzw. 11tägige Verhandlung hingezogen wurden, muß man dem „Arbeitgeber“ zustimmen, wenn er sagt, daß die Regierung unbedingt auf die Wiederherstellung ihrer Ehre bedacht sein muß. Weiter führt der „Arbeitgeber“ aus, wie die Einführung der §§ 152 der Gewerbeordnung habe. hätten die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften die Aufgabe, die Fiktion der Arbeitseinstellung der Bestimmung der preussischen Gewerbeordnung vom 27. Januar 1848 nur unter der Voraussetzung bewilligt, daß die vor solchen Verbotsarbeiten und Organisations sich anschließenden Arbeiter vor dem unbeschäftigten Zwang der Arbeitslosen, welche streifen, geschützt werden. Durch das Strafverfahren ist festgestellt worden, daß die Ereignisse in Moabit durch den Streik bei der Firma Knauer u. Co. veranlaßt worden sind. Dies habe auch der Minister des Innern von Dollwoitz anerkannt, indem er im Abgeordnetentage ausführt, daß in weiten Streifen der Bevölkerung das Verständnis dafür abhandeln kommen sei, daß dem Koalitionstrieb das Recht auf freie Arbeitswahl überhöhtig zur Seite liege. Nachdem auch der Reichskanzler am 10. Dezember erklärt habe, daß gegen Strafbefehl aus § 232 des Strafgesetzbuchs in der Richtung zu ergänzen sei, daß die persönliche Freiheit und das persönliche Selbstbestimmungsrecht nachdrücklich als bisher geschützt werden müsse, müsse die Regierung die Gelegenheit ergreifen, bei der Reform des Strafgesetzbuchs zum Schutz für die ethischen Arbeiter einen Schritt zu § 253 des Strafgesetzbuchs zu fordern, durch den das Strafverfahren und das Ueberwachen von Arbeitsplätzen u. d. d. Drohung gleichfalls wird.

Einige gegen die Sozialdemokratie! Eine dringliche Mahnung zur Einsparung rückt der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie an die bürgerlichen Parteien. Da es nicht ein Reichstag, ja, es nicht eine Veranschaulichung der heilige Pflicht gegen das Vaterland, wenn man angesichts der drohenden roten Gefahr, angesichts des Angriffs auf die hohen gemeinsamen Güter des Vaterlandes, angesichts des Ansturms gegen das gesamte nicht-proletarische Volk und gegen die bürgerliche Kultur sich nicht entschließen kann, das Verbot des Sozialismus zu erlassen und daher, als Gegenwehr, dem allgemeinen Volk zu offen? In weiten, fräglich und rein national empfindenden Streifen des deutschen Volkes regt sich schon ein Zorn über die kurzfristige, engherzige Parteietriebe. Wird durch die Schuld der unheimlichen bürgerlichen Parteien bei den nächsten Wahlen ein großer, verhängnisvoller Sieg der Sozialdemokratie herbeigeführt, so werden jene Parteien den Lohn für ihr Vergehen selbst zu tragen haben. Durchaus zutreffend. Für Halle und den Saalkreis sei bei dieser Gelegenheit nochmals daran erinnert, daß der Vorschlag des konfessionellen Vereins zu Verbündungen der bürgerlichen Parteien behufs gemeinsamen Vorgehens bei der bevorstehenden Reichstagswahl seitens der fortschrittlichen Volkspartei gatt abgelehnt worden ist. Zur Errichtung besonderer Institute für wissenschaftliche Forschung. Angeregt durch die Stiftungen, die der Kaiser beim Berliner Universitätsrat in Aussicht gestellt hatte, beriet die Ortsgruppe München des Deutschen Hochschulvereins kürzlich über das Thema „Forschungsinstitute und Hochschulen“. Die sehr gründliche Besprechung ergab allgemeine Uebereinstimmung in folgenden Punkten: Da die Universitäten nur über verhältnismäßig geringe Mittel verfügen, und da diese Lehrer durch Lehr- und Prüfungsamt überlastet sind, ist die Errichtung besonderer Forschungsinstitute sehr zu begrüßen, und zwar nicht nur für die medizinischen Fächer und die Naturwissenschaften, sondern auch für die technischen und die philologisch-historischen. Insbesondere in den Naturwissenschaften (z. B. in der Biologie) müßten wir sonst fürchten, von anderen Völkern überholt zu werden. Überall ist der Wunsch ausgesprochen worden, welche die Errichtung besonderer, von den Hochschulen getrennter Forschungsinstitute für diese wie für jene mit sich bringen würde. Zunächst wird die wissenschaftliche Arbeit an den Hochschulen aus Mangel an Mitteln mit der Arbeit der Institute nicht mehr konkurrieren können; ihre Vertreter werden einwillig, Sätze mit höherer Stellung werden für die Hochschulen nicht mehr wie heute an den Universitäten, sondern an den Instituten suchen; es wäre zu befürchten, daß die Hochschulen allmählich zu bloßen Lehranstalten mit ausgebeutetem Examenbetrieb herabsinken. Ihre Lehrer würden in die Gefahr kommen, dem großen Publikum gegenüber als Gelehrte zweiter Klasse zu gelten, denn höher wachsende gilt mit Recht als selbständige und das allgemeine fördernde wissenschaftliche Forschung als die vornehmste Aufgabe des Hochschulpromotors. Die den neu zu begründenden Instituten von privater Seite in Aussicht gestellten Mittel ermöglichen zwar eine Konkurrenz mit den Hochschulen, werden jedoch, wenn immer beiderlei genannt zu werden, schließlich dürfte auch hier wieder die Staatshilfe in Anspruch genommen werden, und der Staat konnte solchen Aufgaben dann kaum anders genügen als durch Stützung der eventuell für die Institute der Hochschulen in Aussicht genommenen Mittel. Aber auch für die neuen Institute selbst erheben sich Bedenken. Sie entbehren der Bekämpfung, welche die Wissenschaften sonst aus der Beiratigkeit wie aus der gegenseitigen Bekämpfung der verschiedenen Disziplinen an den Hochschulen schöpfen. Die an ihnen tätigen jüngeren Kräfte würden sich bei der für sie so anregenden Laufbahn des Lehrers ausgeschlossen sein, während doch nicht mehr zu offener Ausbildung des Beirateten bestragt als der Zwang, in Vorlesungen auch Dinge zu behandeln, die dem eigenen Forschungsgebiete weiter abliegen, und die Vorlesungen stets auf der Höhe der fortschreitenden Wissenschaft zu halten. Endlich drohen den Instituten Gefahren aus dem Gebiete der Verwaltung, durch Uebergriffe höherer Stellen, aber auch durch den Einfluß, den führende Persönlichkeiten gegenüber Politikern und anderen Nichtgelehrten nicht wissenschaftlicher Art gewinnen können, während im Verlaufe der Hochschulen die kollegialen Beziehungen gegen beratige Einflüsse Schutz gewähren. Um diesen Gefahren zu begegnen, muß, so fann man in der Verwaltung überein, unbedingt eine Angliederung der neuen Forschungsinstitute an die Hochschulen geordert werden. Der Entwurf eines Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Wege, der im vorigen Jahre im Reichstagesrat eingebracht aber nicht mehr verabschiedet war, wird, wie man uns schreibt, in der nächsten Woche erneut dem Reichstagesrat gegeben. Die neue Vorlage wird jedoch einige wesentliche Änderungen gegenüber dem ersten Entwurf enthalten, die auf die von der Kommunal-Kommission des Reichstages gegebenen Anregungen zurückzuführen sind. Der Entwurf eine Bedeutung für die Grundbesitzer ist eine neue Bestimmung in dem Gesetzentwurf, nach der die Gemeinden die ihnen aus der polizeimäßigen Reinigung öffentlicher Wege erwachsenden Kosten durch Gebühren von den Anliegern decken können. Ferner soll sich die polizeimäßige Reinigung auf Wege beschränken, die überhöhtig dem inneren Verkehr der Ortsgemeinschaft dienen. Der Preisausgleich beim Verkauf von Grundstücken soll dabei durch Beschluß feststellen, welche Wege außerhalb der geschlossenen Ortsgemeinschaft als überhöhtig dem inneren Verkehr der Ortsgemeinschaft dienen anzusehen sind. Die Ermächtigung zum Verkauf von Grundstücken, durch welche die Pflicht zur polizeimäßigen Reinigung der Wege auf die Anlieger übertragen wird, ist außerdem auf Veranlassung der Reichstagskommission auf die geschlossene Ortsgemeinschaft beschränkt, weil die Ausdehnung auf die außerhalb derselben belegenen Wege eine unbillige Belastung der Besitzer landwirtschaftlich genutzter Grundstücke zur Folge haben fann.

Der Kaiser von Österreich geht am Mittwoch nächster Woche nach Budapest zu reisen. Ein Vertrauensmann für die italienische Regierung. Die italienische Regierung hat am 2. d. d. die Besatzung der Eintragung der Regierung der Fremdenliste ist, und hat die Polizeiantwort gegeben, in dem der Regierung das Vertrauen der Kammer ausgesprochen wird. Frankreich und die transsaharische Verkehrswege. Bezüglich einer Konstantinopeler Savasammlung, daß die Türkei mit England über die Verlängerung der Bagdadbahn zum persischen Meerbusen verhandeln wolle, berichtet der Pariser Temps, daß man im französischen Ministerium des Äußeren erklärt habe, von einem derartigen Plane nichts zu wissen. Das Blatt bemerkt hierzu, daß diese Angelegenheit im Hinblick auf ihr großes Interesse genau aufgeklärt werden müsse, denn wenn eine englisch-türkische Vereinbarung betreffs einer Bahnlinie von Bagdad zum persischen Meerbusen zu den russisch-deutschen Abmachungen über die Bahnlinie Wernin-Bagdad und Sadi-Saintin hinarbeite, so würde die Stellung Frankreichs in der Angelegenheit der transsaharischen Verkehrswege noch eine weitere Schwächung erfahren. Von den russisch-deutschen Verhandlungen betreffs der Bagdadbahn habe Minister Wilson in seiner Rede vom 16. Januar gesagt, daß sie keine Bedeutung haben. Angesichts der Möglichkeit, daß neue Abmachungen ändernd Art zwischen England und der Türkei getroffen würden, mußte man sich fragen, ob man die von Minister Wilson gefemzeichnete Lösung beobachten könne, ohne die Stellung Frankreichs in der großen Frage der transsaharischen Verkehrswege zu schwächen. Die russischen Truppenverhöfungen und Frankreich. In einer von mehreren Pariser Wählern veröffentlichten konfessionellen Mitteilung wird darauf hingewiesen, daß die russischen Truppenverhöfungen am Tinnungsfuß zwischen dem russischen und dem französischen Generalfuß erfolgt seien. Die im vorigen Jahre unternommenen Reisen des französischen Generalstabes nach Petersburg

Ausland. Der Kaiser von Österreich geht am Mittwoch nächster Woche nach Budapest zu reisen. Ein Vertrauensmann für die italienische Regierung. Die italienische Regierung hat am 2. d. d. die Besatzung der Eintragung der Regierung der Fremdenliste ist, und hat die Polizeiantwort gegeben, in dem der Regierung das Vertrauen der Kammer ausgesprochen wird. Frankreich und die transsaharische Verkehrswege. Bezüglich einer Konstantinopeler Savasammlung, daß die Türkei mit England über die Verlängerung der Bagdadbahn zum persischen Meerbusen verhandeln wolle, berichtet der Pariser Temps, daß man im französischen Ministerium des Äußeren erklärt habe, von einem derartigen Plane nichts zu wissen. Das Blatt bemerkt hierzu, daß diese Angelegenheit im Hinblick auf ihr großes Interesse genau aufgeklärt werden müsse, denn wenn eine englisch-türkische Vereinbarung betreffs einer Bahnlinie von Bagdad zum persischen Meerbusen zu den russisch-deutschen Abmachungen über die Bahnlinie Wernin-Bagdad und Sadi-Saintin hinarbeite, so würde die Stellung Frankreichs in der Angelegenheit der transsaharischen Verkehrswege noch eine weitere Schwächung erfahren. Von den russisch-deutschen Verhandlungen betreffs der Bagdadbahn habe Minister Wilson in seiner Rede vom 16. Januar gesagt, daß sie keine Bedeutung haben. Angesichts der Möglichkeit, daß neue Abmachungen ändernd Art zwischen England und der Türkei getroffen würden, mußte man sich fragen, ob man die von Minister Wilson gefemzeichnete Lösung beobachten könne, ohne die Stellung Frankreichs in der großen Frage der transsaharischen Verkehrswege zu schwächen. Die russischen Truppenverhöfungen und Frankreich. In einer von mehreren Pariser Wählern veröffentlichten konfessionellen Mitteilung wird darauf hingewiesen, daß die russischen Truppenverhöfungen am Tinnungsfuß zwischen dem russischen und dem französischen Generalfuß erfolgt seien. Die im vorigen Jahre unternommenen Reisen des französischen Generalstabes nach Petersburg

